

**Verhandlungsverfahren  
nach vorherigem EU-Teilnahmewettbewerb  
zur Vergabe der Leistung**

**Rahmenvertrag**

Linienverkehr

mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG

**‘Moor-Express’**

Vergabenummer: 2026-AIB-001

**Leistungsbeschreibung**

## Inhaltsverzeichnis

<b>RAHMENVERTRAG</b>	<b>1</b>
1.0. LEISTUNGSBESCHREIBUNG	3
1.1. Allgemein	3
1.2. Vertragsgegenstand Leistungsbedingungen	3
1.2.1. Vertragsgegenstand allgemein	3
1.2.2. Fahrstrecke und Fahrzeiten	5
1.2.3. Leistungsstörungen	5
1.2.4. Fahrzeugtyp   Sicherheitsvorkehrungen   Fahrzeugausstattung	6
1.2.5. Anforderungen an Fahrpersonal	8
1.2.6. Anforderungen an Fahrdienstleitung	9
1.2.7. Haftung	9
1.2.8. Leistungsnachweis   Berichtspflicht	9
1.2.9. Beförderungsentgelt	10
1.2.10. Vertragsdauer	10
1.2.11. Konzession	11
1.2.12. Kündigung	11
1.2.13. Erfüllungsort	11
1.2.14. Sonstiges	11

## 1.0. Leistungsbeschreibung

### 1.1. Allgemein

Die Stadt Bad Aibling vergibt Fahrdienstleistungen im Rahmen des Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG

- im Stadtgebiet Bad Aibling
- mit festem Fahrplan

Die zu erbringenden Leistungen sind in **Anlage 2 - Preisblatt** mit Preisen zu versehen. Seitens der Bieterunternehmen sind die entsprechenden Preise in die vorgesehenen Felder einzutragen. Die Gesamtsumme brutto ist auf das Angebotsformblatt zu übertragen.

### 1.2. Vertragsgegenstand | Leistungsbedingungen

Für die zu erbringenden Leistungen gelten nachfolgende Bedingungen, die Vertragsbestandteil werden:

#### 1.2.1. Vertragsgegenstand allgemein

1. Der/die Auftragnehmer(in) befördert Menschen gemäß des in Anlage 3 – Fahrplan genannten Zeiten und Haltestellen.
2. Die Beförderung hat pünktlich zu erfolgen.
3. Die Beförderung ist mit geeigneten Kraftfahrzeugen/Kraftomnibussen<sup>1</sup> an allen in Anlage 3 – Fahrplan genannten Tagen (Montag – Samstag; Sonntag optional) durchzuführen.
4. Der/die Auftragnehmer(in) stimmt sich vor Auftragsdurchführung mit der Stadt Bad Aibling bzw. der ausschreibenden Stelle AIB-KUR GmbH & Co. KG ab und macht sich vor Ort ein Bild von der Situation.

---

<sup>1</sup> Gem. Anlage 4 und diese Leistungsbeschreibung

5. Der/die Auftragnehmer(in) anerkennt die jeweilige Verkehrs- und Parksituation entlang der Linieneinführung gem. Straßenverkehrsordnung (StVO) als Leistungsbedingung.
6. Der/die Auftragnehmer(in) hat die telefonische Erreichbarkeit der zuständigen Ansprechpartner/innen bzw. Koordinatoren/Koordinatorinnen (Fahrdienstleitung) täglich von 7.30 Uhr bis 18.30 Uhr sicher zu stellen (Anwesenheit / kein Anrufbeantworter).
7. Zu der von dem/der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin(in) geschuldeten Beförderungsleistung gehört auch die Hilfe beim Ein- und Ausstieg der zu befördernden Personen in das Fahrzeug hinein bzw. aus diesem heraus.
8. Das Rauchen im Fahrzeug ist generell untersagt. Für die Beförderung sind ausschließlich Fahrzeuge einzusetzen, in denen generell nicht geraucht wird.
9. Der/die Auftragnehmer(in) stellt sicher, dass das jeweilige Fahrpersonal gesundheitlich in der Lage ist, seinen Fahrdienst auszuführen. Insbesondere ist darauf zu achten, dass der/die Fahrer/in, solange sie oder Angehörige ihrer häuslichen Gemeinschaft an einer übertragbaren Krankheit im Sinne des Infektionsschutzgesetzes leiden, die Fahrtätigkeit nicht ausüben dürfen. Insbesondere hat der/die Auftragnehmer(in) die Regelungen des § 9 BOKraft einzuhalten.
10. Der/die Auftragnehmer(in) sorgt dafür, dass die Vorgaben des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes und vergleichbarer Vorschriften ausreichend bekannt und konsequent beachtet werden.
11. Der/die Auftragnehmer(in) ist verpflichtet, eine geeignete Person mit der Koordination des Fahrdienstes (Fahrdienstleitung) zu beauftragen. Es ist die Aufgabe der Fahrdienstleitung, während des Fahrbetriebes im Zweifelsfall jederzeit erreichbarer Ansprechpartner zu sein für die Auftraggeberin, um situationsgerecht zu reagieren.

### 1.2.2. Fahrstrecke und Fahrzeiten

1. Zur anzubietenden und zu erbringenden Leistung zählen neben der reinen Beförderung während der laufenden Leistungserbringung ggf. mehrere organisatorische Leistungen des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin.
  - Die Tourenplanung erfolgt durch die Auftraggeberin. Änderungen der Tourenplanung obliegen der Auftraggeberin.
  - Die Beförderung wird ohne Zwischenfahrt nach Maßgabe des Tourenplans durchgeführt.
  - Nachträgliche Tourenänderungen sind vorbehalten. Änderungen sind mit der Auftraggeberin abzusprechen.
  - Weitere Fahrten bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die Auftraggeberin. Die Kosten für nicht abgestimmte Fahrten werden nicht übernommen.
  - An Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen in Bayern ist derzeit keine Beförderung geplant. Änderungen sind optional möglich.

### 1.2.3. Leistungsstörungen

1. Treten unvorhersehbare Umstände ein, die den/die Auftragnehmer(in) vorübergehend daran hindern, der vereinbarten Leistungspflicht nachzukommen, hat er unverzüglich für gleichwertigen Ersatz zu sorgen. Sollten dadurch Mehrkosten entstehen, gehen sie zu Lasten des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin.
2. Ist der/die Auftragnehmer(in) nicht in der Lage, rechtzeitig für Ersatz zu sorgen, so ist die Auftraggeberin ermächtigt, ein anderes Unternehmen mit dem Transport zu beauftragen. Die Kosten gehen zu Lasten des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin.

#### 1.2.4. Fahrzeugtyp I Sicherheitsvorkehrungen I Fahrzeugausstattung

1. Es ist ein Fahrzeug mit folgenden Anforderungen einzusetzen:
  - a) Kraftomnibus
  - b) 10 Meter Länge
  - c) 25 Sitzplätze / 53 Stehplätze
  - d) Niederflrbus mit Neigetechnik
  - e) geeignet für Rollstuhl und Rollator
  - f) Aufgrund der Beschriftung ist ein stetiger Einsatz für die Linie zwingend notwendig; Kurzzeit Sonderbeschriftungen sind vorgesehen.
  - g) Aktives Fahrzeitsystem
  - h) MVV-Kartensystem
  - i) Fahrgastzählsystem
2. Für die Fahrzeugausstattung gelten generell die gesetzlichen Bestimmungen.
3. Das Fahrzeug ist mit Funkkommunikationsmöglichkeit bzw. Kommunikationsmöglichkeit über Mobiltelefon oder Vergleichbarem (u. a. Verbindung zu anderen Linienverkehren und/oder zu einer Betriebszentrale) ausgestattet.
4. Das Fahrzeug hat mindestens die Euronorm 6 zu erfüllen. Ein Fahrzeug mit geringerem Schadstoffausstoß ist möglich und wird im Dienstleistungskonzept besser bewertet. Es sind in jedem Fall die Bedingungen des SaubFahrzeugBeschG (2022) zu erfüllen. Die Einfahrt in Umweltzonen gewährleistet ohne Zusatzkosten für die Auftraggeberin der/die Auftragnehmer(in).
5. Es gelten Sicherheitsbestimmungen der Straßenverkehrsordnung (StVO), der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) und der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) sowie die hierzu behördlich erlassenen Anordnungen sind strikt einzuhalten.
6. Das eingesetzte Fahrzeug hat nach Bau, Ausrüstung und Beschaffenheit stets den Sicherheitsbestimmungen der StVO, StVZO und BOKraft zu entsprechen. Insbesondere sind die nach § 29 StVZO in Verbindung mit Anlage VIII zur StVZO vorgeschriebenen Haupt-, Zwischen- und Bremssonderuntersuchungen durchzuführen. Festgestellte Mängel sind unverzüglich bis zum nächsten Einsatz

zu beseitigen (§ 31 StVZO und § 23 StVO) und die Prüfbücher unverzüglich nach den Hauptuntersuchungen den zuständigen Behörden vorzulegen (§ 41 Abs. 2 BOKraft).

7. Es erfolgt - seitens der Auftraggeberin - keine Festlegung auf ein bestimmtes Fahrzeugfabrikat bzw. einen bestimmten Hersteller.
8. Auftragnehmer(in) und Fahrer(in) sind dafür verantwortlich, dass das zulässige Fassungsvermögen der Fahrzeuge nicht überschritten wird (§ 34 a StVZO).
9. Die Bereifung des Fahrzeuges ist den Witterungsbedingungen anzupassen. Beim Einsatz des Fahrzeuges ist die Ausrüstung den jeweiligen Straßen- und Witterungsverhältnissen anzupassen; das Fahrzeug ist entsprechend der Witterungssituation spätestens aber vom 1. November bis mindestens 30. April auf allen Achsen mit Winterreifen zur umfassenden und vollständigen Sicherstellung der Verkehrsdurchführung in Wintersituationen auszustatten. Als wintertauglich gelten gemäß § 2 Abs. 3a der StVO bzw. § 36 Abs. 4 der StVZO ausdrücklich nur die Reifen, die mit dem Alpine-Symbol (Bergpiktogramm mit Schneeflocke) nach der Regelung Nr. 117 der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) gekennzeichnet sind. „M+S“-Reifen ohne das Alpine-Symbol entsprechen ausdrücklich nicht dieser Anforderung.“
10. Zur Feststellung, ob das eingesetzte Fahrzeug den einschlägigen Vorschriften sowie dem Anforderungskatalog (BOKraft) entspricht, ist durch den Auftragnehmer/der Auftragnehmerin ein Gutachten eines amtlich anerkannten Sachverständigen für den Kraftfahrzeugverkehr, z.B. TÜV oder DEKRA, mit Angabe der zulässigen Beförderungsplätze bis spätestens 2 Wochen vor Aufnahme der Beförderung vorzulegen.
11. Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Zustand und die Ausrüstung des Fahrzeuges in unregelmäßigen Abständen zu überprüfen. Bei besonderen Vorkommnissen, die den Verdacht erwecken, dass das Fahrzeug nicht mehr verkehrssicher ist, kann die Auftraggeberin verlangen, dass eine vorgezogene TÜV-Hauptuntersuchung durchgeführt wird.
12. Mängel am Fahrzeug, die bei vorgeschriebenen Untersuchungen (§ 29 StVZO, §§ 41 und 42 BOKraft), bei polizeilichen Kontrollen oder bei Untersuchungen durch die zuständige Behörde festgestellt werden, sind durch den Auftragnehmer/die Auftragnehmerin unverzüglich zu beseitigen.

13. Das eingesetzte Fahrzeuge muss über eine entsprechende Klimatisierung auch im Fahrgastraum verfügen.
14. Das eingesetzte Fahrzeuge ist jeweils innen wie außen gereinigt zur Verfügung zu stellen. D.h. im Innenraum ist Müll jeweils regelmäßig zu entsorgen und das Fahrzeug 'besenrein' einzusetzen. Im Fahrzeug sind Reinigungsmittel für Akutverschmutzungen mitzuführen.
15. Der Auftraggeber ist auf eigene Rechnung berechtigt, beim eingesetzten Fahrzeug Werbung von Sponsoren und für Veranstaltungen anzubringen.

#### 1.2.5. Anforderungen an Fahrpersonal

1. Es darf nur Fahrpersonal eingesetzt werden, das - soweit nach §§ 15 d - f StVO erforderlich - die Erlaubnis zur Fahrgastbeförderung besitzt.
2. Es darf nur Fahrpersonal eingesetzt werden, das über Deutschkenntnisse von mindestens der Stufe B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen (GeR) verfügen. Der Auftragnehmer hat dies dem Auftraggeber nachzuweisen.
3. Sehr gute Ortskenntnis des Fahrpersonals
4. Das Fahrpersonal hat die Bestimmungen der §§ 7 - 9 BOKraft strikt einzuhalten, insbesondere
  - a. stets langsam und jederzeit haltebereit an die Haltestellen heranzufahren,
  - b. das Warnblinklicht einzuschalten, wenn er sich einer Haltestelle nähert
  - c. das Warnblinklicht eingeschaltet zu lassen, solange Fahrgäste ein- oder aussteigen (§ 16 (2) StVZO)
  - d. erst abzufahren, wenn die Türen geschlossen sind und die Fahrgäste ihre Plätze eingenommen haben
  - e. die Türen auch in den Sommermonaten während der Fahrt geschlossen zu halten
  - f. sich stets rücksichtsvoll gegenüber Fahrgästen zu verhalten
5. Das eingesetzte Fahrpersonal muss seit mindestens 5 Jahren im Besitz einer für das genutzte Fahrzeug gültigen Fahrerlaubnis sein.



6. Das Fahrpersonal ist nicht berechtigt Fahrgäste aus dem Bus zu verweisen, es sei denn, die Sicherheit und Ordnung des Fahrbetriebs oder anderer Fahrgäste ist gefährdet. Die Rechte des Betriebspersonals gemäß §§ 8 Abs. 3, 13 Abs. 1 und 14 Abs. 4 BOKraft bleiben unberührt.
7. Die Auftraggeberin kann verlangen, dass Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin/die Auftragnehmerin Fahrpersonal, welches sich wiederholt pflichtwidrig verhalten hat, nicht mehr für die Auftraggeberin einsetzt.

#### **1.2.6. Anforderungen an Fahrdienstleitung**

1. uneingeschränkte Verfügbarkeit
2. agile Ausweichroutenfindung unter Mitwirkung des Beauftragten der Auftraggeberin
3. Proaktives Management mit der Auftraggeberin

#### **1.2.7. Haftung**

1. Für die beim Betrieb des Fahrzeuges eintretenden Schäden (Personen- und Sachschäden) haftet der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin ist verpflichtet, entsprechend diesen Bestimmungen für einen höchstmöglichen Versicherungsschutz zu sorgen.
2. Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin hat die Auftraggeberin unverzüglich zu unterrichten, wenn ihm/ihr eine Zahlungsfrist nach § 39 Versicherungsgesetz (VVG) gestellt oder wenn das Versicherungsverhältnis ganz oder teilweise gekündigt oder beendet wird.

#### **1.2.8. Leistungsnachweis I Berichtspflicht**

1. Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin reicht nach Ablauf eines jeden Kalendermonats bis spätestens zum 10. Tag des Folgemonats der Auftraggeberin folgende Informationen:
  - a. eine Auflistung über die erbrachten Leistungen (Anzahl der Beförderungstage) ein. Sind Beförderungstage ausgefallen, so ist der dafür gegebene Grund anzugeben.
  - b. Statistischen Werte für die Fahrgastzahlen
    - Nutzer mit MVV-Karte

- Nutzer mit Gästekarte
- Nutzer mit Schwerbehindertenausweis
- c. Finanzaufstellungen als Nachweis für die ÖPNV-Förderung bis zum 15. Juni des Folgejahres nach
  - Einnahmen durch MVV
  - Ersatzzahlungen für die Beförderung von Schwerbehinderten
- 2. Die Zahlungen des vereinbarten Beförderungsentgeltes können eingestellt werden, wenn der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin den Leistungsnachweis trotz Aufforderung nicht bis zum 15. des Folgemonats erbringt.

### 1.2.9. Beförderungsentgelt

1. Die Tourenpauschale enthält alle dem Auftragnehmer/der Auftragnehmerin entstehenden Kosten, insbesondere die Kosten für das Fahrzeug, Kraftstoff, Wartung, Unterhaltung, Steuer, Versicherung, Gebühren, Fahrpersonal etc.  
Die Höhe der monatlichen Raten errechnet sich aus der Tourenpauschale multipliziert mit der Anzahl der Beförderungstage.
2. Für jeden Beförderungstag, an dem keine Beförderungsleistung erbracht wird, hat Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin/die Auftragnehmerin keinen Anspruch auf Vergütung.

### 1.2.10. Vertragsdauer

1. Der Rahmenvertrag wird zum 01.03.2027 geschlossen. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 24 Monaten mit einer zweimaligen Verlängerungsoption um jeweils 12 Monate. Die Leistungen sind ab dem 01.03.2027 zu erbringen. Die vertragliche Betriebsphase läuft gemäß Vertrag bis zum 28.02.2029.
2. Änderungen, Ergänzungen und Kündigung des Vertrages, Nebenabreden sowie alle die Durchführung des Vertrages betreffenden wesentlichen Mitteilungen bedürfen der Schriftform.
3. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) – Teil 4 bzw. die Vergaberechtsmodernisierungsverordnung (VergRModVO), Artikel 1 Vergabeverordnung (VgV) vom 12.04.2016

### 1.2.11.Konzession

1. Die Konzession für die Linie 341 ist von dem Auftragnehmer/von der Auftragnehmerin im Falle der Beauftragung selbständig bei der Regierung Oberbayern zu beantragen. Die Stadt Bad Aibling und der Landkreis Rosenheim müssen die Beantragung bei und die Genehmigung durch die Regierung Oberbayern bewilligen.
2. Im Falle eines Unternehmensverkaufs kann die Auftraggeberin im Rahmen des Sonderkündigungsrechts die Rückgabe der Konzession verlangen.

### 1.2.12.Kündigung

1. Aus wichtigen Gründen ist eine fristlose Kündigung zulässig. Als wichtige Gründe gelten insbesondere grobe Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Vertrages, insbesondere gegen die gesetzlichen oder vertraglichen Sicherheitsbestimmungen oder aus haushaltsrechtlichen Gründen, die den Einsatz des Linienverkehrs obsolet macht.
2. Im Falle der außerordentlichen Kündigung ist der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin gegenüber der Auftraggeberin zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der der Auftraggeberin wegen der vorzeitigen Kündigung des Vertrages entstanden ist. Weitergehende Schadensersatzansprüche bleiben vorbehalten.
3. Die Ausübung des Sonderkündigungsrechts seitens der Auftraggeberin ist mit der verpflichtenden Rückgabe der Konzession verbunden.

### 1.2.13.Erfüllungsort

Der jeweilige Erfüllungsort ist Bad Aibling.

### 1.2.14.Sonstiges

1. Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages unwirksam sein, bleiben die übrigen Bestimmungen des Vertrages jedoch wirksam.
2. Bei Verletzung der Pflichten aus dem Vertrag wird ein Verschulden vermutet, solange das Gegenteil nicht bewiesen ist. Der Fahrplan, die Leistungsbeschreibung, die „Besonderen Vertragsbedin-

gungen und Vorbemerkungen“ sowie die Anlagen 1 (BOKraft), 2 (VOL/B) und 3 (Landestariftreuegesetz inkl. Änderungsgesetze hierzu vom 22.11.2013 und 08.03.2016) werden Bestandteil des abzuschließenden Beförderungsvertrages.

3. Gerät der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin in Konkurs oder beantragt er ein Vergleichsverfahren, so hat er dies der Auftraggeberin unverzüglich mitzuteilen.
4. Der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin haftet für die fristgerechte Erledigung des Auftrags. Kann der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin infolge höherer Gewalt die Vertragsleistung nicht fristgerecht erfüllen, so hat er dies unverzüglich der Auftraggeberin anzuzeigen.
5. Unfälle, bei denen Personen- oder Sachschäden entstehen, sind vom Auftragnehmer/von der Auftragnehmerin der Auftraggeberin unverzüglich mitzuteilen. Mündliche Mitteilungen sind vom Auftragnehmer/von der Auftragnehmerin spätestens binnen zwei Werktagen schriftlich zu bestätigen.